



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtages 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/3694

A14

17. 08. 2020

Aktenzeichen

5310 - I. 666

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Schmuck-
Schmiedel

Telefon: 0211 8792-275

62. Sitzung des Rechtsausschusses am 19. August 2020

TOP 14 „Bauliches Vorkommnis im Justizzentrum Köln - aktueller Sachstand“

Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o.g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

62. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 19. August 2020

Schriftlicher Bericht zu TOP 14
„Bauliches Vorkommnis im Justizzentrum Köln -
aktueller Sachstand“

Mit Bericht vom 18.06.2020 sowie in der Aktuellen Viertelstunde der 60. Sitzung hatte ich den Rechtsausschuss über einen Bauunfall bei dem Justizzentrum Köln informiert, der sich am 17.06.2020 ereignet hat. Mit diesem Bericht möchte ich - wie zuletzt angekündigt - über die weitere Entwicklung unterrichten.

Insgesamt haben sich die Bemühungen der vergangenen Wochen prioritär auf die Behebung der eingetretenen Sachschäden, die Abwendung weiterer Gefahren und vor allem die bestmögliche Kompensation der Auswirkungen auf den Dienst- und Sitzungsbetrieb konzentriert.

Auswirkungen des Unfalls

Das herabgestürzte Betonelement hatte erhebliche Schäden am Dach des Saaltraktes verursacht, durch die bei den folgenden starken Niederschlägen Wasser in das Gebäude eingetreten ist. Die Abdichtung und Anbringung eines provisorischen Dachs waren zum 24.06.2020 abgeschlossen. Aufgrund unmittelbar getroffener Maßnahmen konnte zudem eine Beschädigung von Archivakten infolge des Wassereintritts verhindert werden.

Infolge der eingetretenen Beschädigungen mussten zunächst neun Säle, sieben Beratungszimmer sowie angrenzende Räumlichkeiten gesperrt werden. Einzelne Säle und Bereiche sind bereits sukzessive wieder freigegeben worden. Insbesondere hat schon an dem auf den Unfall folgenden Tag wieder geregelter Sitzungsbetrieb in den nicht gesperrten Sälen stattgefunden.

Derzeit sind wegen des Bauunfalls noch drei Sitzungssäle nebst Nebenbereichen gesperrt. Die aktuellen Planungen des BLB NRW sehen - mit Ausnahme des unmittelbar vom Aufprall betroffenen Saals 213 - eine Freigabe der übrigen Säle und Nebenräume bis Ende August 2020 vor. Die Freigabe des Saals 213 sei nach Einschätzung des BLB NRW frühestens Ende November 2020 zu erwarten.

Weitere Erkenntnisse und deren Auswirkungen

Nach Angaben des BLB NRW habe sich die Ursache des Bauunfalls noch nicht aufklären lassen und sei auch die Höhe der Gesamtkosten bislang nicht kalkuliert.

Im Übrigen hat der BLB NRW Folgendes berichtet:

Im Zuge der geplanten Demontage der ersten Betonelemente habe der Bauherr weitergehende Erkenntnisse über die Befestigung dieser Elemente erhalten. Diese wiederum zwingen den BLB NRW, die Sanierungsmaßnahme unter Hochdruck und überwiegend als Sofortmaßnahme umsetzen zu lassen. Dabei seien die Arbeiten in drei Abschnitte eingeteilt.

Alle 21 Elemente an Bauteil 4 hätten nach dem Abstürzen eines Elements erfolgreich und sicher demontiert werden können.

Aufgrund neuer Erkenntnisse, die während der Demontage dieser Elemente gewonnen worden seien, hätten 39 Elemente als weitere Sofortmaßnahme demontiert werden müssen. Aus Verkehrssicherungsgründen sei dabei zunächst die Sperrung von 54 in diesem Bereich liegenden Büros und eine einspurige Verengung der Luxemburger Straße - stadteinwärts - erfolgt. Die Demontage der 39 Elemente habe Mitte Juli 2020 begonnen. Im Eckbereich von Bauteil 3 hätten die Arbeiten in der 31. Kalenderwoche sicher abgeschlossen werden können. Anschließend seien alle in diesem Bauteil gesperrten Räume wieder freigegeben worden. Die Elemente am Bauteil 2 müssten aus Sicherheitsgründen in den Nachtstunden demontiert werden, was eine Komplettsperre der Luxemburger Straße – stadteinwärts – unausweichlich mache. Nachdem die Stadt Köln die entsprechende Genehmigung erteilt habe, seien die Arbeiten unmittelbar am 4. August 2020 aufgenommen worden.

Die Demontage weiterer 176 Sonnenschutzelemente an der Hochhausfassade werde kurzfristig als Direktbeauftragung umgesetzt. Die Demontage der verbleibenden 67 Betonelemente sei anschließend vorgesehen; diese Arbeiten würden aktuell ausgeschrieben. Um den Gerichtsbetrieb nicht über Gebühr zu beeinflussen und einer weiteren Sperrung der Räumlichkeiten entgegen zu wirken, prüfe der BLB NRW derzeit die Montagearbeiten außerhalb der regulären Dienstzeiten umsetzen zu lassen.

Folgen für den Geschäftsbetrieb

Schon der Unfall und seine Folgen hat die Justiz vor große Herausforderungen gestellt, die es auch noch für eine nicht unerhebliche Dauer zu bewältigen gilt. Die dargestellten neuerlichen baufachlichen Erkenntnisse haben zwangsläufig weitere erhebliche Beeinträchtigungen des Geschäftsbetriebs nach sich gezogen. In Anbetracht des konkreten Ausmaßes all dieser Maßnahmen war eine vollständige Kompensation der Folgen für die Justiz in Köln schlechterdings nicht zu gewährleisten und wird es auch in den kommenden Wochen nicht sein.

Interimistische Flächen zum Ausgleich der gesperrten Bereiche, die den besonderen Anforderungen an Saal- und Vorführbereiche gerecht werden, konnten bislang nicht gefunden werden. Mit außergewöhnlicher Einsatzbereitschaft der handelnden Personen der zuständigen Orts- und Mittelbehörden und hohem Maß an Flexibilität und Kreativität wird tagtäglich engagiert daran gearbeitet, den Dienstbetrieb trotz deutlicher Einschränkungen aufrechtzuerhalten und die Funktionalität der Justiz sicherzustellen.

Die kurzfristige Bereitstellung von geeigneten Interimsflächen hat daher höchste Priorität und steht derzeit im Fokus der Arbeiten von Justiz und BLB NRW. Auch

wenn der BLB NRW sich um eine schnellstmögliche Behebung der Folgen des Bauunfalls bemüht und nach und nach wieder alle Sitzungssäle zur Verfügung stehen werden, wird es darum gehen, die aufgrund der Sperrung entfallenen und verschobenen Sitzungen zu kompensieren. Zudem wird weiterhin die Sperrung von Büroflächen während der Demontagearbeiten aufzufangen sein.

Abschließend möchte ich betonen, dass die bestmögliche Begrenzung der Folgen für den Dienstbetrieb weiterhin im Fokus steht und ich den Rechtsausschuss selbstverständlich über den weiteren Fortgang unterrichten werde.